



Dr. Martin Rosemann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
für Arbeit und Soziales
Mitglied des Fraktionsvorstands

Dr. Martin Rosemann MdB, Karlstraße 3, 72072 Tübingen

An die Mitglieder der SPD im Kreis Tübingen und im
Zollernalbkreis

Tübingen, 19.07.2024

Zeit für Neues!

Dr. Martin Rosemann MdB
Karlstraße 3
72072 Tübingen
Telefon: +49 7071 4400438
Fax: +49 7071 4400449
martin.rosemann.wk@bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-72703
Fax: +49 30 227-76703
martin.rosemann@bundestag.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dann zwölf Jahren als Bundestagsabgeordneter und insgesamt mehr als 25 Jahren in Parteifunktionen und kommunalen Mandaten habe ich mich entschieden, bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr nicht mehr zu kandidieren.

Es ist mir wichtig, dass Ihr und alle Verantwortungsträger in der Partei von dieser Entscheidung rechtzeitig erfahrt, damit ein ordentliches Verfahren zur Kandidatenaufstellung eingeleitet werden kann.

Meine Entscheidung habe ich nach der Europawahl endgültig getroffen. Vorausgegangen ist jedoch bereits ein monatelanger Prozess des Nachdenkens und Abwägens.

Es entsprach nie meiner Lebensplanung aus dem Bundestag in die Rente zu gehen. Im kommenden Jahr werde ich 49. Das erscheint mir ein guter Zeitpunkt zu sein, um beruflich noch einmal etwas Neues anzufangen. Zudem wünsche ich mir mehr Zeit für meine Familie.

Mandate werden zu Recht auf Zeit vergeben. In drei Legislaturperioden habe ich für den Wahlkreis und seine Bürgerinnen und Bürger sehr viel gegeben. Leider muss ich feststellen, dass die hierfür erforderliche Leidenschaft bei mir nach über zehn Jahren nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden ist. Dafür sind auch aktuelle Entwicklungen in Gesellschaft und Medien verantwortlich, die mich immer



wieder ratlos zurücklassen. Der Populismus scheint leider auf dem Vormarsch.

Ich habe zwei Legislaturperioden in der großen Koalition erlebt. Wir hatten es mit einem Koalitionspartner zu tun, der am liebsten alles so lassen wollte, wie es war. Veränderungen mussten mühsam erkämpft werden. Trotzdem ist vieles gelungen - mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ein gewaltiger gesellschaftlicher Fortschritt. Der Niedriglohnsektor konnte deutlich eingedämmt werden.

Seit drei Jahren regieren wir in der Ampel-Koalition und stellen mit Olaf Scholz den Kanzler. Diese Regierung und ihr Bundeskanzler sind gerade angesichts der Vielzahl internationaler Krisen weit erfolgreicher als sie dargestellt werden. Erfolgreiches Krisenmanagement wird verbunden mit ebenso besonnener wie entschlossener internationaler Verantwortung und mit der Herkulesaufgabe, dieses Land und seine Volkswirtschaft zukunftsfähig aufzustellen – ein Kraftakt, den nicht nur viele Medien kaum würdigen.

In Zeiten der Medien-Hypes und des Wettbewerbs um die meisten und schnellsten Klicks findet ehrliche und verantwortungsvolle Arbeit mit Maß und Mitte offenbar nur wenig Resonanz. Und am Ende soll immer die Ampel schuld daran sein, wenn zunehmend mehr Bürger Nazis oder Wagenknechte wählen. Dabei hat diese Regierung trotz öffentlichen Streits und einer häufig erlebten Unprofessionalität unserer Koalitionspartner in der alltäglichen Arbeit immer abgeliefert.

Meine Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen. Denn als Mitglied des Bundestags der Vertreter eines Wahlkreises und seiner Bürgerinnen und Bürger im Parlament sein zu dürfen, ist eines der größten Privilegien in unserer Demokratie. Dafür bin ich sehr dankbar.

Meine Arbeit im Wahlkreis hat mir die Chance eröffnet, so viele ganz unterschiedliche Menschen kennenzulernen und dadurch Einblicke in die verschiedensten Biografien und



Lebensrealitäten zu erhalten. Das hat mein Leben sehr bereichert. Und gemeinsam mit meinen überdurchschnittlich engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einem Bürger oder einer Bürgerin in einer Notlage wirksam helfen zu können hat auch mich immer wieder glücklich gemacht.

Zugleich durfte ich als Regierungs-Abgeordneter zwölf Jahre gestalten, an zwei Koalitionsverhandlungen mitwirken, vier Jahre als Landesgruppenvorsitzender auch baden-württembergische Interessen durchsetzen und seit 2021 als Sprecher der Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales an der Seite unseres Ministers Hubertus Heil viele arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformprojekte aushandeln.

In drei Legislaturperioden konnten wir an vielen Stellen sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt schaffen: Neben dem schon erwähnten Mindestlohn beispielsweise durch das Bundesteilhabegesetz, den sozialen Arbeitsmarkt, die massive Ausweitung der Weiterbildungsförderung von Beschäftigten, das neue Bürgergeld, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, die Flexi-Rente mit der Erleichterung flexibler Übergänge und der Stärkung von Prävention und Reha, neue Möglichkeiten für die Sozialpartner bei der Betriebsrente, die Sicherung des Rentenniveaus und massive Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente.

Darauf bin ich stolz. Aber es bleibt auch manche Aufgabe: Der Weg zu einer wirklich inklusiven und barrierefreien Gesellschaft ist lang und steinig. Die extrem hohen Wohnkosten stellen bekanntlich auch in unserer Region mittlerweile fast die größte sozialpolitische Herausforderung dar. Nach wie vor werden in Deutschland Arbeitseinkommen zu stark, hohe Erbschaften und Vermögen zu wenig belastet. Das zu ändern war angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse schlicht nicht möglich.

Vor allem ist es uns nur teilweise gelungen, den Dschungel von zahlreichen teils unübersichtlichen Sozialleistungen samt den vielen dafür zuständigen Behörden einfacher und bürgerfreundlicher auszurichten. Immerhin haben wir im vom Bundesparteitag einstimmig beschlossenen neuen



Sozialstaatskonzept der SPD den bürgerfreundlichen Sozialstaat als Partner in den Mittelpunkt gestellt und erste Schritte umsetzen können, um den Menschen das Leben tatsächlich leichter zu machen.

Dankbar bin ich aber auch für die großartige Unterstützung und Rückendeckung, die ich als Abgeordneter von meiner Partei, von den Ortsvereinen und Euch, den Mitgliedern, erfahren habe.

Es ist nicht selbstverständlich, wie viele sich gerade in diesen schwierigen Zeiten ehrenamtlich für die SPD engagieren und in den Wind stellen. Dieses Engagement ist und bleibt eine zentrale Grundlage unserer Demokratie.

Nicht nur in Wahlkämpfen habe ich mich von Euch immer getragen gefühlt, habe Unterstützung, Aufmunterung und Solidarität erfahren. Wenn ich jetzt meinen Abschied im kommenden Jahr ankündige, verbinde ich das mit dem Versprechen, dass ich meiner Partei und ihren Verantwortungsträgern, meinem Nachfolger oder meiner Nachfolgerin und allen Kandidierenden für welche Wahl auch immer die Solidarität zurückgeben werde, die ich selbst erleben durfte.

Allen, mit denen ich zusammenarbeiten durfte, sage ich DANKE. Ein besonderer Dank geht an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Tübingen und Berlin. Ohne sie wäre nichts von dem, was wir erreicht haben, möglich gewesen.

Sollte ich jemanden von Euch in irgendeiner Weise verletzt oder gekränkt haben, so tut mir das aufrichtig leid. Dafür bitte ich um Entschuldigung.

Meine Arbeit werde ich selbstverständlich bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode mit der gleichen Intensität und dem selben Engagement fortsetzen wie bisher. Dies gilt sowohl für den Wahlkreis als auch für meine Aufgaben in der SPD-Bundestagsfraktion. Zunächst gilt es, den Haushalt 2025 und das Paket zur Dynamisierung der Wirtschaft im



parlamentarischen Verfahren auszugestalten. Und weitere Projekte stehen an: Von der Kindergrundsicherung über verschiedene rentenpolitische Themen bis zur Tariftreuregelung im Bundesvergaberecht – es gibt noch viel zu tun.

Mit Dankbarkeit blicke ich zurück. Und ich bin freudig gespannt auf das, was die Zukunft für mich bereithält. Auch nach meiner Zeit als Abgeordneter werde ich ein überzeugter und engagierter Sozialdemokrat bleiben. Dem Ziel, den ersten Satz unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in praktisches Handeln zu gießen, bleibe ich verpflichtet. Vielleicht kann ich an anderer Stelle einen Beitrag dazu leisten. Dieses große Ziel können wir aber nur in einer offenen, toleranten und solidarischen Gesellschaft erreichen. Es lohnt sich, für unsere Demokratie zu kämpfen.

Unser Land wird nur mit einer starken Sozialdemokratie eine gute Zukunft haben!

Alles Gute!

Herzlichst Euer

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Martin Rosemann'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Dr. Martin Rosemann MdB